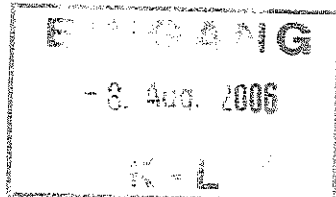




REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

Regierungspräsidium Karlsruhe • 76247 Karlsruhe
51a4-8914.51-21/MA-Luzenberg

MVV RHE AG
Luisenring 49
68159 Mannheim



Oie



Karlsruhe, 25.07.2006
Durchwahl 0721 926- 7572
Name: Frau Kreutle
Aktenzeichen: 51a4-8914.51-21/MA-Luzenberg

Kassenzeichen: 8605161006570 Bitte bei Zahlung angeben!	
Betrag:	350,00 EUR

**Grundwassersanierung der Sanierungsbereiche D 1 und E auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerkes Mannheim-Luzenberg
hier: Verbindlichkeitserklärung des Sanierungsplanes**

Anlagen

1 Überweisungsträger Nr. 8605161006570

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 07.05.2004 erklärt das Regierungspräsidium Karlsruhe als höhere Bodenschutz- und Altlastenbehörde gemäß § 13 Abs. 6 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG - vom 17.03.1998, zuletzt geändert am 09.12.2004, BGBl. I S. 3214) in Verbindung mit § 16 Abs. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz - LBodSchAG - vom 14.12.2004, GBl. S. 908) sowie aufgrund §§ 2, 3 und 7 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG - i. d. F. vom 19.08.2002, zuletzt geändert am 25.06.2005, BGBl. I S. 1746) in Verbindung mit §§ 16, 108 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG i. d. F. vom 20.01.2005, zuletzt geändert am 11.10.2005, GBl. S. 668) und § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für Baden-Württemberg (Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG - i. d. F. vom 12.04.2005, GBl. S. 350)

Lieferanschrift:
Schlossplatz 1-3
(Eingang Kronenstraße)
76131 Karlsruhe

Dienstgebäude:
Markgrafenstraße 46
76133 Karlsruhe

Zentrale:
0721 926-0
Telefax:
0721 93340250

Internet:
www.rp-karlsruhe.de
E-Mail:
Abteilung5@rp.karlsruhe.de

ÖPNV-Haltestellen:
Marktplatz
Parkmöglichkeit:
Schlossplatz Tiefgarage

I.

den Sanierungsplan für das ehemalige Gaswerk Mannheim-Luzenberg

entsprechend den unter Abschnitt II. aufgeführten Unterlagen und unter Abschnitt III. aufgeführten Nebenbestimmungen für verbindlich.

Der für verbindlich erklärte Sanierungsplan schließt folgende Entscheidungen mit ein:

1. Die wasserrechtliche Erlaubnis zur Entnahme von bis zu 30 m³/h kontaminiertem Grundwasser und zum Wiederversickern von abgereinigtem Grundwasser auf den Sanierungsbereichen D1 und E des Geländes des ehemaligen Gaswerkes Mannheim-Luzenberg. Die Erlaubnis wird **befristet bis zum 31.12.2030**.
Der jederzeitige vorherige Widerruf ohne Anspruch auf Entschädigung bleibt ausdrücklich vorbehalten. Die Erlaubnis ergeht unter der Bedingung, dass sie nur mit Zustimmung der zuständigen Wasserbehörde auf einen Rechtsnachfolger übergeht.
2. Die Verbindlichkeitserklärung der Stadt Mannheim vom 28.09.2005 (Az. 63.2.2) wird hiermit zurückgenommen.
3. Für diese Entscheidung wird eine Gebühr von 350,-- € festgesetzt, die die Antragsstellerin zu tragen hat.

II.

Der Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde, sie sind **Bestandteile der Verbindlichkeitserklärung:**

- Sanierungsplan für die Sanierungsbereiche D1 und E des ehemaligen Gaswerkes Mannheim-Luzenberg vom 07.05.2004 (mit Genehmigungsvermerk der Stadt Mannheim)
- Gutachten zur UVP-Pflicht gemäß § 3 c UVPG vom 28.02.2005
- Wasserrechtliche Erlaubnis der Stadt Mannheim vom 24.01.2001

Die Unterlagen waren bereits Bestandteil der gem. Ziff. I. 2. zurückgenommenen Verbindlichkeitserklärung der Stadt Mannheim vom 28.09.2005 und liegen sowohl der Antragsstellerin als auch der Stadt Mannheim vor.

III.

Nebenbestimmungen

Die Verbindlichkeitserklärung erfolgt unter folgenden **Bedingungen und Auflagen**:

1. Die Sanierung ist gemäß der vorgelegten Planung - modifiziert und ergänzt durch die nachfolgenden Nebenbestimmungen - durchzuführen. Abweichungen und Änderungen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch die Stadt Mannheim, Fachbereich Baurecht und Umweltschutz.
2. Der für die Hauptsanierung bestehende öffentlich-rechtliche Vertrag vom 14.03.2001 bleibt weiterhin gültig. Er kann im gegenseitigen Einvernehmen der neuen Situation angepasst werden.
3. Alle drei Jahre ab Zugang der Verbindlichkeitserklärung erfolgt durch den Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim die Prüfung, ob sich bei der Durchführung der Maßnahme neue Erkenntnisse ergeben haben. Sollte sich hierdurch Handlungsbedarf ergeben, wird die nachträgliche Ergänzung bzw. Änderung dieses Bescheides durch das Regierungspräsidium Karlsruhe ausdrücklich vorbehalten.
4. Dem Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim sowie dem Regierungspräsidium Karlsruhe ist ein für die Durchführung der Sanierungsarbeiten verantwortlicher Ansprechpartner zu benennen.
5. Baumaßnahmen auf dem Gelände oder sonstige Eingriffe in den Untergrund sind im Wirk- bzw. Kontrollbereich der Grundwassersanierung nicht gestattet. Der Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim ist bei unvermeidlichen Maßnahmen auf dem Gelände vor Durchführung zu informieren (auch bei Rohrleitungsbau, Grünbau etc.). Bei Baumaßnahmen ist immer eine dauerhafte tagwasserdichte Versiegelung mit Ableitung des Oberflächenwassers sicherzustellen. Bestehende Rasen- und Wildwuchsflächen sind dauerhaft begrünt zu erhalten oder tagwasserdicht zu versiegeln. Neue Entsiegelungen sind nicht zulässig. Es ist immer eine externe Entsorgung von Aushubmaterialien einzuplanen. Eine Wiederverwertung von Aushubmaterialien (z. B. aus Graben- bzw. Rohrleitungsaushub) auf dem Standort wird untersagt. Der Versiegelungsgrad auf dem Sanierungsstandort ist generell zu erhöhen. Das Einsickern von Oberflächenwasser und die damit verbundene Herauslösung von Schadstoffen aus der ungesättigten Zone in den Grundwasserwechsel-

bereich ist hierdurch dauerhaft zu verhindern.

Eine höherwertige Nutzungsänderung oder Geländeentsiegelung darf auf dem Altstandort nicht erfolgen.

6. Nicht alle Abbauprodukte der Steinkohleteerrückstände (Metaboliten, Heterocyclen etc.) werden derzeit analysiert. In Abhängigkeit vom Stand der Technik bleibt vorbehalten, hierüber neu zu entscheiden. Ammonium muss im vorliegenden Einzelfall nicht gezielt aus dem Grundwasser entfernt werden.
7. Für den Oberen Grundwasserleiter (OGWL) gilt die Einhaltung der Emissionsbedingungen. Für den Mittleren Grundwasserleiter (MGWL) gilt die Geringfügigkeitschwelle (für die wesentlichen standorttypischen Schadstoffe bzw. Schadstoffgruppen). Aus Gründen der Risikovorsorge wird zunächst auf die Überprüfung der Einhaltung der Sanierungsziele im MGWL verzichtet. Die tatsächlichen Frachten aus den Stromröhren dürfen aufsummiert den jeweiligen E_{\max} -W-Wert nach „VwV-Orientierungswerte“ nicht überschreiten. Rechnerisch wurden folgende Werte ermittelt, bei deren Einhaltung durchschnittlich in den einzelnen Stromröhren die Frachtbegrenzung nachgewiesen ist (analytischer Nachweis entsprechend den Verfahren nach BBodSchV):

PAK nach EPA ohne Naphtalin	9,4 µg/l
Naphtalin	132 µg/l
AKW nach BBodSchV	588 µg/l
Benzol	59 µg/l

Die Sanierungsziele sind dauerhaft einzuhalten. Im Detail gelten die Angaben im Sanierungsplan. Der Durchschnittswert über alle zehn Stromröhren ist ohne Bedeutung.

8. Die Abreinigung des geförderten Grundwassers hat bis auf die Einleitwerte nach dem Stand der Technik bzw. für die in der BBodSchV enthaltenen Stoffe mindestens auf dem Niveau der Prüfwerte der BBodSchV zu erfolgen. Sollte diese Abreinigungsleistung nicht erreicht werden, muss das abgereinigte Wasser unverzüglich in die Kanalisation abgeleitet werden. Bei Einleitung in die Kanalisation gelten mindestens die Kriterien der Abwassersatzung der Stadt Mannheim in der zum Zeitpunkt der Ableitung gültigen Fassung; bei temporären Überschreitungen sind unverzüglich die Ursachen zu klären und der Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim sowie die Kläranlage zu informieren. Konsequenzen

werden im Arbeitskreis festgelegt.

9. Die vorgesehenen Infiltrationsbrunnen sind redundant (mit Sicherheitsmarge) auszulegen. Die Redundanz ist sanierungsbegleitend auf der Basis der Erkenntnisse aus dem Betrieb ständig zu überprüfen. Vom Gutachter muss ein Abgleich zwischen hydraulischer Berechnung und Status Quo durchgeführt werden, der in den Jahresberichten zu dokumentieren ist. Die planmäßige Funktion der Spülkreisläufe ist ein wesentliches Sanierungselement. Analog zum vorstehenden Absatz ist deshalb zur Überprüfung der hydraulischen Funktion und zur Verifizierung der Planung in der Praxis sanierungsbegleitend die Funktion ständig zu überwachen. Es ist jährlich eine gutachterliche Aussage zu treffen, ob die geplanten Spülkreisläufe in der Praxis auch umgesetzt sind.
10. Die Ergebnisse der analytischen und hydraulischen Kontroll- und Monitoringmaßnahmen gemäß Sanierungsplan sind in Form einer grafischen Vorauswertung unverzüglich per e-mail dem Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim zur Verfügung zu stellen; die Originale sind dem Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim anschließend zu übersenden.
11. Aus Gründen des Emissions- und Immissionsschutzes ist der Luftaktivkohlefilter an der Sanierungsanlage je Emissionspunkt mit einem Polzeifilter auszustatten (zweites Filterelement). Die Abluft nach dem ersten Luftaktivkohlefilter muss die folgenden Grenzkonzentrationen, gemessen unmittelbar am Auslass, im Abluftstrom einhalten:

Benzol	3 mg/m ³
Summe LCKW	10 mg/m ³
VOC	20 mg/m ³

Der Reinigungsfilter ist unverzüglich zu wechseln, sobald einer der angegebenen Werte überschritten wird.

12. Es ist sanierungsbegleitend eine Erfolgskontrolle durchzuführen, die eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und eine mikrobiologische Bewertung mit fachgerechter Analytik einschließen muss (u. a. Bewertung der „Stellparameter“ und des Milieus). Das Ergebnis der Erfolgskontrolle ist vom Gutachter in den Jahresbericht aufzunehmen und zu bewerten.

Die Parameter Nitrat, Ammonium sowie die Feldparameter Redox/pH, Temperatur, Leitfähigkeit und Sauerstoffgehalt sind immer im Zuge des Monitorings an der Gas-

werksgrenze und bei den generellen Kontrollmaßnahmen im Rahmen des Betriebs (bei jeder Probenahme/Messung an Grundwassermessstellen) mit zu bestimmen. Die fachgerechte Durchführung ist zu gewährleisten (qualifizierte Probenehmer, DAP/DAR-akkreditiertes Labor). Cyanide sind im Zuge des Monitorings einmal jährlich zu bestimmen. Die Häufigkeit des gesamten Monitoringprogrammes kann in Abhängigkeit der Anlagefunktion und der Effizienz reduziert werden; eine Entscheidung hierüber erfolgt im Arbeitskreis. Das Probenahmeintervall vor dem zweiten (Wasser-)Aktivkohlefilter im Ablauf darf eine Kalenderwoche nicht unterschreiten. Die Qualität des Abluftstroms am ersten Luftaktivkohlefilter (Emissionsfilter) ist mindestens wöchentlich zu messen. In Abhängigkeit von der Anlagenstabilität und der kontinuierlichen Reinigungsleistung kann im Arbeitskreis eine Veränderung des Probenahmeintervalls beschlossen werden.

13. Der Einleitung von Wasserstoffperoxid (H_2O_2 in einer maximalen Konzentration von 100 mg/l) und Nitrat (in einer maximalen Konzentration von 100 mg/l) bzw. der Zudosierung von technischem Sauerstoff zum Prozess oder Reinfiltrationswasser (nach Bedarf) wird zugestimmt.
Die technische Reinheit der eingesetzten Stoffe ist vom Gutachter nachzuweisen. Der Einsatz von alternativen Nährlösungsgemischen oder anderen Konzentrationen ist im Einzelfall mit dem Arbeitskreis abzustimmen und bedarf der Zustimmung des Fachbereichs Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim.
14. Aktivkohleregenerationen bzw. -entsorgungen sind entsprechend den abfallrechtlichen Vorschriften nachzuweisen (Anlage, Häufigkeit etc.).
15. Alle Bohrungen auf dem Standort sind dem Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim formlos anzuzeigen. Alle neuen Messstellen und - sofern noch nicht geschehen - alle vorhandenen sind beim Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim in die Grundwasserdatenbank aufzunehmen. Bisher nicht registrierte Messstellen sind nachträglich zur Aufnahme in die Grundwasserdatenbank zu melden. Alternativ kann ein EDV-Abgleich der Datenbanken von MVV und zuständiger Wasserbehörde durchgeführt werden.
16. Sofern Brunnen nachhaltig verockern bzw. durch wechselseitigen Betrieb mit unbeaufschlagtem Wasser nicht zu regenerieren sind, ist unverzüglich eine technische Regeneration durchzuführen, um den Dauerbetrieb sicherzustellen. Die Regeneration ist im Einzelfall dem Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim anzuzeigen und nach Stand der Technik durchzuführen.

17. Parallel zum Monitoringprogramm, zur Funktionsüberwachung und zur Erfolgskontrolle ist eine gleichzeitige Messung der Grundwasserstände vor jeder Grundwasserprobenahme aus den Kontrollmessungen durchzuführen. Die Stichtagsmessungen sind in Grundwassergleichenpläne aufzunehmen, die mit den Quartalsberichten dem Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim unverzüglich vorzulegen sind. In die Quartalsberichte sind zur Visualisierung des Sanierungserfolgs mindestens Konzentrationsgleichenpläne für Benzol und PAK nach EPA zu integrieren. Zudem sind die Feldparameter auszuwerten. Eine hydraulische Auswertung durch den Gutachter muss in den jährlichen Sachstandsberichten erfolgen. Über Konsequenzen (z. B. Integration weiterer Messstellen in das Kontrollregime) ist jeweils im Arbeitskreis zu entscheiden.
18. Die wasserrechtliche Erlaubnis zur Entnahme von kontaminiertem Grundwasser aus dem Untergrund und Wiederversickerung des gereinigten Wassers auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks Mannheim-Luzenberg vom 24.01.2001 wird durch diese Verbindlichkeitserklärung ersetzt. Ihre Nebenbestimmungen gelten weiter, sofern durch die Verbindlichkeitserklärung nichts anderes geregelt ist.
19. Weitere Auflagen und Bedingungen im öffentlichen Interesse bleiben vorbehalten.

Hinweise:

- Zur fachlichen Begleitung und Fortentwicklung der Sanierungsmaßnahme wurde ein Arbeitskreis eingerichtet. Ständige Teilnehmer des Arbeitskreises sind:
 - Arcadis Consult GmbH
 - Stadt Mannheim - Fachbereich Baurecht und Umweltschutz
 - MVV RHE AG
 - Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
 - Regierungspräsidium Karlsruhe.

Bei Bedarf sind zum Arbeitskreis Fachgutachter und Spezialisten hinzuzuziehen. Hierüber entscheidet der Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim.

Die Arbeitskreissitzungen finden nach Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich statt. Der Vorsitz obliegt dem Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim. Über den Bedarf einer Sitzung entscheidet der Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim nach Absprache mit den Arbeitskreis-Mitgliedern.

- In Abhängigkeit vom Kenntniszugewinn bei der laufenden Sanierung müssen gegebenenfalls einzelne Sanierungsbereiche ausgeweitet oder reduziert werden.
- Die begleitenden Maßnahmen gliedern sich in eine Inbetriebnahmephase und in den späteren Routinebetrieb. Das geplante Monitoring im Grundwasserabstrom an der Grenze des ehemaligen Gaswerksgeländes ist zur Dokumentation und zum Nachweis des Sanierungserfolges erforderlich.
- Abweichungen von der Kostenschätzung um mehr als 10 % (Kostenreduzierung oder -steigerung) sind dem Fachbereich Baurecht und Umweltschutz der Stadt Mannheim unverzüglich mit Begründung mitzuteilen und im Arbeitskreis zu diskutieren.

IV.

Begründung:

Auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerkes Mannheim-Luzenberg liegt eine gaswerkstypische Altlast vor, von der eine Grundwasserverunreinigung ausgeht.

Hauptschadensbereiche sind die ehemalige Teergrube, Ammoniakwassergrube und Teerleitung (Sanierungsbereich D1), die ehemalige Ammoniak- und Benzolwaschanlage (Sanierungsbereich E), die ehemalige Ofenanlage (Sanierungsbereich B), die ehemalige Waschölregeneration und Teerdestillation (Sanierungsbereich D2), der ehemalige Gasbehälter (Sanierungsbereich G) sowie der Abstrombereich des ehemaligen Scheibengasbehälters (Sanierungsbereich I).

Durch den vorliegenden Sanierungsplan für die Sanierungsbereiche D1 und E wird die bisherige Abstromsicherung am Freizeitheim in einen Dekontaminationsbetrieb umgewandelt. Die Sanierung des Grundwassers auf dem Standort erfolgt durch eine hydraulisch unterstützte, mikrobiologische In-Situ- und On-Site-Sanierung. Eine darüber hinausgehende Bodensanierung ist derzeit nicht vorgesehen.

Der Sanierungsplan umfasst den Kernbereich des Betriebsgeländes des früheren Gaswerkes Luzenberg, die Aufteilung der Sanierungsbereiche erfolgt dreidimensional unter Berücksichtigung der Grundwasserfließrichtung in Stromröhren bzw. Sanierungsflächen. Die Sanierung muss je Stromröhre vertikal und horizontal den Grundwasserkörper des oberen Grundwasserleiters vollständig erfassen. Die Lage der Sanierungsfläche ist im wesentlichen durch die festgelegte mittlere Grundwasserfließrichtung bestimmt, die über ein entsprechendes Monitoringprogramm fortlaufend sanierungsbegleitend zu überprüfen

ist. Eine aus dieser Beobachtung resultierende Lagenveränderung der Sanierungsbereiche ist möglich.

Der Sanierungsplan vom 07.05.2004 wurde durch die Stadt Mannheim, Fachbereich Baurecht und Umweltschutz, mit Anordnung vom 28.09.2005 (Az.: 63.2.2) für verbindlich erklärt.

Gemäß § 13 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) soll bei Altlasten, von denen auf Grund von Art, Ausbreitung oder Menge der Schadstoffe in besonderem Maße schädliche Bodenveränderungen oder sonstige Gefahren für den Einzelnen oder die Allgemeinheit ausgehen, die Vorlage eines Sanierungsplanes verlangt werden. Dieser kann nach Abs. 6 von der zuständigen Behörde für verbindlich erklärt werden und schließt andere die Sanierung betreffende behördliche Entscheidungen mit ein. Es ist daher im Rahmen der Verbindlichkeitserklärung die für die Grundwasserentnahme und -wiedereinleitung erforderliche wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 7 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zu erteilen. Nachdem in der On-Site-Wasseraufbereitungsanlage jährlich etwa 100 Tonnen Dünnschlamm anfallen, wird ein Lagervolumen für die Absetzcontainer von voraussichtlich 16 bis 22 Tonnen gewählt werden (maximal ein Entleerungsvorgang monatlich). Eine immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht liegt nach Ziff. 8.12 a) der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) i. V. m. §§ 4 und 19 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) erst ab einer täglichen Aufnahmekapazität von 1 bis 9 Tonnen bzw. einer Gesamtlagerkapazität von 30 bis 149 Tonnen vor.

Da in der Desorptionsstufe durch die geschlossene Kreisgasführung keine Abluft entsteht und die verbrauchten Aktivkohlefilter direkt vom Anlagenbetreiber einer Entsorgung zugeführt werden, ist eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Sanierungsvorhabens nicht erforderlich.

Die MVV RHE AG hat als Rechtsnachfolgerin des seinerzeitigen Verursachers der Boden- und Grundwasserverunreinigung die Verbindlichkeitserklärung des Sanierungsplanes beantragt. Zuständig hierfür ist gemäß § 16 Abs. 3 S. 2 des Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetzes (LBodSchAG) das Regierungspräsidium Karlsruhe als höhere Bodenschutz- und Altlastenbehörde, da die Stadt Mannheim an der MVV RHE AG zu mehr als 50 % beteiligt ist.

Gemäß § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für Baden-Württemberg (Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG - i. d. F. vom 12.04.2005, GBl. S. 350) kann ein rechtswidriger Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, zurückgenommen werden. Über die Rücknahme entscheidet die zuständige Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen. Sie hat auf Antrag dem Betroffenen den Vermögensnachteil auszugleichen, den dieser dadurch erleidet, dass er auf den Bestand des Verwaltungsaktes vertraut hat.

Die von der Stadt Mannheim am 28.09.2005 erteilte Verbindlichkeitserklärung für die Sanierungsbereiche D1 und E war aufgrund instanzieller Unzuständigkeit rechtswidrig. Der vorliegende Sanierungsplan bezieht sich lediglich auf einen Teilbereich der zu sanierenden Gesamtfläche; in absehbarer Zeit wird für die Sanierungsbereiche B, D2, G und I ebenfalls eine Verbindlichkeitserklärung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe beantragt werden. Die Rücknahme der Verbindlichkeitserklärung vom 28.09.2005 ist geeignet und erforderlich, um die Einheitlichkeit des Sanierungsvorhabens sicherzustellen. Da die in der Verbindlichkeitserklärung vom 28.09.2005 getroffenen inhaltlichen Regelungen vollständig übernommen werden, verschlechtert sich die Rechtsposition der Antragstellerin nicht.

Der Antrag der MVV RHE AG wurde gemäß § 108 Wassergesetz (WG) vom 14.11.2005 bis 31.12.2005 im Beratungszentrum Bauen und Umwelt in Mannheim öffentlich ausgelegt. Einwendungen gingen weder während der Auslegungsfrist noch in den darauf folgenden beiden Wochen ein.

Für die geplante Grundwasserentnahme von maximal jährlich 440.000 m³ bis 615.000 m³ Wasser war gemäß § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG i. d. F. vom 25.06.2005, geändert am 24.06.2006, BGBl. I S. 1794) i. V. m. Nr. 1.3.1 der Anlage 1 zum Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG vom 19.11.2002, GBl. S. 428) eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Aufgrund der überschlägigen Prüfung anhand der in Anlage 2 zum LUVPG aufgeführten Kriterien ergab sich, dass keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu besorgen sind. Somit besteht keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Dies wurde gemäß § 3 a UVPG am 10.11.2005 im Amtsblatt der Stadt Mannheim bekannt gegeben.

Zu der Sanierungsplanung sowie den wasser- und immissionsschutzrechtlichen Anträgen wurden folgende Stellen gehört:

- Stadt Mannheim, Fachbereich Baurecht und Umweltschutz
- Stadt Mannheim, Fachbereich Gesundheit
- Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 52

Die beteiligten Stellen haben der Verbindlichkeitserklärung der Sanierungsplanung sowie der Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis unter Vorschlag von Nebenbestimmungen zugestimmt.

Die getroffenen Nebenbestimmungen beruhen auf den gesetzlichen Anforderungen der § 13 Abs. 6 BBodSchG, §§ 2, 4, 7 WHG i. V. m. § 36 LVwVfG und sind im öffentlichen Interesse oder zum Schutz Dritter erforderlich und zumutbar.

V.

Gebührenentscheidung

Die Gebührenentscheidung beruht auf § 27 Abs. 2 des Landesgebührengesetzes (LGebG vom 14.12.2004, GBl. S. 895) und den §§ 1, 2, 4, 8 und 12 des insofern weiter geltenden LGebG vom 21.03.1961 sowie der Gebührenverordnung (GebVO) vom 28.06.1993, zuletzt geändert am 03.05.2005 (GBl. S. 404) und der Nummer 81.1.1 des Gebührenverzeichnisses.

Bitte verwenden Sie für die Überweisung den beiliegenden Überweisungsträger. Sofern Sie einen anderen Überweisungsvordruck verwenden, geben Sie bitte als Verwendungszweck das oben angeführte Kassenzeichen an. Leisten Sie Zahlungen ausschließlich an die Landesoberkasse Baden-Württemberg, BW-Bank Karlsruhe, Konto-Nr. 40 02 01 58 00, BLZ 660 200 20.

Die Gebühr wird mit der Bekanntgabe zur Zahlung fällig (§ 15 LGebG). Wird die Gebühr nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet, erhebt die Landesoberkasse vom Tag nach Ablauf der Monatsfrist an Säumniszinsen von 6 v. H. jährlich (§ 18 Abs. 2 LGebG vom 21.03.1961 i. V. m. § 27 Abs. 2 LGebG vom 14.12.2004).


VI.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich entweder bei der Korrespondenzanschrift des Verwaltungsgerichtes Karlsruhe, Postfach 11 14 51, 76064 Karlsruhe, oder beim Sitz des Verwaltungsgerichtes Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 1, 76133 Karlsruhe, Klage erhoben werden.

Die Klageerhebung ist auch mündlich zur Niederschrift beim Urkundsbeamten der Geschäftsstelle am Sitz des Verwaltungsgerichtes Karlsruhe im Dienstgebäude Nördliche Hildapromenade 1, 76133 Karlsruhe, möglich.

Mit freundlichen Grüßen


Ursula Kreutle